

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Hauptstellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. (auswärtig 3,50 Mk.). Wochensatz 10 Mk. Alle Zuschriften an den Verleger und Geschäftsstellen sind unter Angabe der Namen und Adressen zu richten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Verkaufspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Verlagspreis: Die halbjährlichen Abonnements 120 Geldschein, die 3 monatlichen Abonnements im taglichen Teil 100 Geldschein. Nachzahlungsgeld für 20 Geldschein. Verlags- und Postgeschäften werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 zuzuschicken. Anzeigen nehmen alle Verlagsstellen entgegen. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rosen.

Nr. 173. — 85. Jahrgang. Teleg.-Adr.: 'Amtsblatt' Wilsdruff-Dresden Volkslist: Dresden 2640 Dienstag, 27. Juli 1926

Zwischen zwei Völkern.

Eine sehr interessante Mitteilung kommt aus dem Elsaß: in Schlettstadt hat der Stadtrat beschlossen, alle nach dem Waffenstillstand den Straßen gegebenen französischen Namen abzuschaffen und durch die früheren deutschen Namen zu ersetzen. Dort wie in anderen elsässischen Städten hatte man ja, als 1918 die 'Befreier' einrückten, nichts Geringeres zu tun, als eine ganze Reihe von Straßennamen nach französischen Generalen oder französischen Schlachtfeldern umzubeneden. Überall tauchte der Name der Generale Foch und Joffre auf, wurde in Reims und Verdun verehrt — aber auch die Franzosen selbst sorgten dafür, daß die alten deutschen Namen verschwanden, genau so, wie ja auch die deutschen Denkmäler überall im Elsaß, selbst auf den Schlachtfeldern von 1870, zerstört wurden. 47 Jahre hindurch hat man alljährlich den Statuen des Elastes und Lothringens in Paris Huldigungen dargebracht, bis sich das Schicksal 1918 erfüllte, bis die 'unerlösten Provinzen' an Frankreich kamen, — aber man ist dieses Geschenk nicht recht froh geworden. In Frankreich bezeichnet man den Lothringer als 'leto carrée', zu deutsch als Querkopf, und die Dicksöpfe haben nun auch unter französischer Herrschaft bewiesen, daß sie genau so starrsinnig geblieben sind, wie sie es unter deutscher Herrschaft waren. Der Beschluß von Schlettstadt bedeutet geradezu einen offenen Konflikt.

Schon seit Monaten geht der unverhüllte Kampf zwischen der Pariser zentralistischen Regierung und den Autonomisten im Elsaß. Die meisten der Protestler und Eigenbrötler, die wir aus der deutschen Zeit kennen, wenden sich jetzt mit großer Schärfe gegen die Französiertungspolitik von Paris, wollen sich das Eigenleben des Elastes nicht erkünnen lassen. In diesem Lande ringen aus heftigste deutsche Wollstumpfen gegen französische Propaganda. Wir wollen nicht vergessen, daß im Elsaß erst unter Napoleon III. die Hinneigung nach Frankreich in das Volk hindrängte, daß dieses Land 180 Jahre hindurch fast absolut deutsch dachte und fühlte, bis es durch die Fürsorgeleistung der Pariser Regierung gewonnen wurde.

Man hat sich in Frankreich gewandt über die Tiefe der frankophoben Bewegung im Elsaß, die ja besonders dadurch gestärkt wurde, daß dieses Land ganz besonders unter dem Kriege zu leiden hatte, weil es unmitttelbarer Kriegsschauplatz war. Da kamen die Franzosen als Erklärer aus diesem Lande und wurden als solche gefeiert. Doch als es nun wieder Alltag wurde, da wollte das Elsaß nicht einfach zur französischen Provinz werden, während man doch in Paris glaubte, daß das Elsaß nichts heißer ersehne, als französisch zu werden. Frankreich ist das Land des Zentralismus, Paris ist alles, die Provinzen sind nichts, sind nur Verwaltungsbezirke ohne Eigenleben. Ein anderes kam dazu: das ist das Verhältnis von Kirche und Staat, wie es in Frankreich seit Anfang des 20. Jahrhunderts bestand und nun auch auf das Elsaß übertragen werden sollte. Bekannt ist, daß auch in neuerer Zeit wieder einmal ein besonders heftiger Konflikt mit dem Vatikan ausgebrochen ist, und insoweit war eine der Quellen, die zu der jetzigen Autonomiebewegung führten, die Einführung der antiklerikalen französischen Gesetzgebung im Elsaß. Bezeichnend ist, daß in dieser Bewegung daher die katholischen Geistlichen eine sehr erhebliche Rolle spielen, wie sie übrigens in der deutschen Zeit gleichfalls politisch führend gewesen sind.

Hinzu kommt noch der Reflex gewisser Bewegungen in Frankreich, die man als sogenannten 'Regionalismus' bezeichnet und die eine stärkere Betonung des Eigenlebens der Provinzen im Auge haben. Diese Bewegung grundsätzlicher Art hat auch in der Deputiertenkammer recht zahlreiche Befürworter gefunden, und dabei ist es gerade die Linie, die diese Bestrebungen unterstützt. Das haben sich die Elässer zunutze gemacht und daher für die Autonomiebewegung in der Kammer manche Unterstützung gefunden.

Die Stärke dieser Bewegung ist so erheblich, daß sie von den Franzosen gar nicht mehr geleugnet wird und bereits zu scharfen Gegenmaßnahmen geführt hat. Aufrufe sind erschienen, die eine elsässische Heimabewegung proklamieren, Zeitungen, wie z. B. die in Zabern erscheinende 'Zukunft', haben sich in den Dienst dieser Sache gestellt. Von französischer Seite wurden, wo es nur irgend möglich war, jene Beamten deutscher Abstammung, die sich an dieser Bewegung beteiligten, disziplinarisch bestraft. Dieses Land hat eben das Schicksal zwischen zwei Kulturen gestellt, zwischen zwei Völkern, und hat dieses Schicksal als eine Aufgabe betrachtet. Jetzt zeigt sich die herbe Seite dieser Bestimmung. Gegen Deutschland hat man sich gewehrt, jetzt muß man sich auch gegen Frankreich wehren.

Das Manifest des Heimatbundes für Elsäz-Lothringen

In einem Manifest, das der Heimatbund für Elsäz-Lothringen verteilt läßt, heißt es nach einer Depesche des 'Journal' aus Straßburg u. a.: Elsäz-Lothringen den Elässern und Lothringern! Andersfalls würden wir nur noch als Fremde in unserem eigenen Lande betrachtet

Frankreich muß sich selbst helfen!

Poincarés Sanierungspläne.

Vorläufig keine Frankstabilisierung.

Ministerpräsident Poincaré hat fortlaufend Beratungen im Finanzministerium über die neuen Finanzpläne der Regierung. An Einzelheiten wird über diese Pläne jetzt bekannt, daß die Regierung eine Erweiterung des Budgets um vier bis fünf Milliarden Franc beantragen wird. Dieser Betrag soll zur Ausglicung des Budgets sowie zur Amortisierung der Schulden verwendet werden. Weiter wird die Regierung von der Kammer die Vollmacht verlangen, auf dem Verordnungsweg weitere Einschränkungsmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nicht um Spezialvollmachten für die Regierung handeln könne, wie sie Caillass gefordert habe. Ferner wird die Regierung der Kammer die Ratifizierung des englisch-französischen Schuldenabkommens vorschlagen. Das amerikanisch-französischen Schuldenabkommen wird jedoch von der Regierung zunächst gar nicht erwähnt werden. Im Gegensatz zu den Finanzplänen Caillass wird in den Plänen der Regierung eine sofortige Stabilisierung des Francs nicht vorgesehen sein. Der Ministerpräsident sieht auf dem Standpunkt, die in den letzten Tagen eingetretene Besserung des Frankurses werde eine Fortsetzung erfahren, auch ohne daß die Finanzpläne der Regierung von der Kammer angenommen worden seien. Nach den letzten Vereinbarungen zwischen der Bank von Frankreich und dem Finanzministerium sieht der Regierung ein weiterer Betrag von 30 Millionen Dollar aus der Morgan-Vente zur Finanzierung zur Verfügung. Ferner wird der Regierung die Rückgabe der französischen Goldbestände an die holländischen und der englischen Regierung aufzunehmen.

Aus der Umgebung des Ministerpräsidenten wird darauf hingewiesen, daß in den neuen Finanzplänen in feiner Weise von einem Moratorium oder einer sofortigen Konsolidierung die Rede sei. Die Reaktionen sei bestrebt

werden. Unsere Sprache, unser Geist, unsere Gewohnheiten und selbst unsere Architektur beweisen die große Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem elsäß-lothringischen Volke.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei.

Die Partei das Jünglein an der Wage im Reichstag. In Göttingen begann der sechste öffentliche Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelhandes (Wirtschaftspartei). Zahlreiche Parlamentarier, darunter auch Abgeordnete aus Österreich und den süddeutschen Ländern, sowie Delegierte aus allen Teilen des Deutschen Reiches hatten sich eingefunden. Der Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Dreiwig-Verlin, nahm bald nach der Eröffnung des Parteitages das Wort zu einem Vortrag über das Thema Deutschlands Wiederaufbau

in wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung. Der Redner wies darauf hin, daß die Reichspartei seit ungefähr 1 1/2 Jahren im Reichstag eine Fraktion geworden sei und als Jünglein an der Wage ausstehende Bedeutung gehabt habe. Der Wiederaufstieg Deutschlands sei nicht möglich ohne einen zahlungsfähigen Mittelstand. Wenn es Deutschland nicht gelänge, das deutsche Volk vom Ausland in wirtschaftlicher Beziehung unabhängig zu machen, würden wir die Reflexe des Verfallens der Nation nie abschütteln können. Der Redner forderte dann die Aufhebung der staatlichen Zwangswirtschaft. Nicht soziale Fürsorge, sondern nur Behebung der Wirtschaft könne helfen, und diese Behebung könne nur eintreten, wenn die Zwangswirtschaft und die übergroße steuerliche Belastung beseitigt seien. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen die Umfassender an Stelle der vielen Steuerarten von heute müsse eine Einkommensteuer treten, dann werde auch der teure Verwaltungsapparat verkleinert werden. Weiter behandelte der Redner die Stellung der Partei zur heutigen Staatsform. Die Deutsche Wirtschaftspartei, so betonte er, stehe auf dem Boden der Weimarer Verfassung, ohne dabei anzuerkennen, daß dieser Staat das Ideal sei; zu erstreben sei ein wirklicher Volksstaat. Zu erstreben sei ferner die Arbeitsdienstpflicht. Erst wenn alle wirtschaftlichen Nöte beseitigt seien, könnte man sich auch einmal darüber streiten, welche Flagge die richtige sei, denn es komme nicht auf die Farben an, sondern auf den Inhalt der Flagge, der die Flagge hochhalten habe. Nach der Rede des Parteivorstehenden behandelte

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Siebert-Marburg das Thema des deutschen Wiederaufbaus von der nationalen und kulturellen Seite. Die Mittelstandspartei, erklärte er, sei eine noch junge Partei, für die ein Zusammenschluß mit irgendeiner anderen Partei in dieser Stunde nicht in Frage kommen könne. Das Streben müsse darauf gerichtet sein, die führende Partei in einem großen Bürgerblock, der auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft stehe, zu werden. Die Wirtschaftspartei müsse den gefunden Gedanken einer Änderung der Weimarer Verfassung erhalten, namentlich den Gedanken, aus dem Parlamentarismus herauszukommen. Was die Flaggenfrage anbetraf, so sei mit einer Volksabstimmung der Klause der

durch eine Politik des Vertrauens die ausgewanderten Kapitalien wieder zurückzuführen, ferner werde eine Neuaustrage von Bonds der nationalen Verteidigung zu erreichen sein, wodurch die Regierung die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt beläme.

Reorganisation der französischen Armee.

Eine Rede Fochs.

Auf einem Bankett anlässlich des Kongresses der französischen Reserveoffiziere in Lille hat Marschall Foch eine Rede über die Organisation der künftigen französischen Armee gehalten und darin folgende Grundsätze ausgesprochen: 1. Das Friedensheer wird viel kleinere Effektivebestände besitzen als 1914, die Zahl der Armeekorps wird verringert werden, größte Sparmaßnahme soll Platz greifen. 2. Das Kriegsheer wird sämtliche Hilfsquellen der Nation einsetzen und dadurch an Bedeutung gewinnen. Die Truppen der Friedenszeit werden durch Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve verstärkt.

3. Sowohl das Kriegsheer wie das Friedensheer werden eine den militärischen Bedingungen immer mehr und besser angepasste vervollkommnete Waffe besitzen. Das Kriegsheer wird seinen Hauptwert durch die Reserve, ihre Quantität und Qualität erreichen.

Belgische Sparerrlasse.

Die Pariser Blätter aus Brüssel melden, veröffentlicht der belgische Staatsanzeiger eine Reihe von Erlassen, darunter 1. Schließung der Gaststätten um 1 Uhr nachts; bei Übertretung ist eine Geldstrafe bis zu 1000 Franc vorgesehen, 2. die Regelung der Kohlenausfuhr, die dem Arbeitsminister überlassen werden soll; es sollen auch Höchstpreise für die Verkäufe im Innern festgesetzt werden. Die Erlasse sehen weiter einen Kostenausschlag für Hotelrechnungen vor, ferner das Verbot, zwischen 2,30 und 6,30 Uhr nachmittags Nachtseiten zu verabreichen.

in keiner Weise zu lösen. Die schwarz-weiß-rote Handelsflagge müsse geschützt werden. Der Redner schloß sich dann sehr warm für den Anschlußgedanken ein und wies darauf hin, daß sich die Wirtschaftspartei nicht auf das jetzige Deutschland zu beschränken brauche, sie müsse vielmehr an das gesamte Deutschland Mitteleuropas denken, an den Zusammenschluß mit den Deutschen in Österreich, der Tschechoslowakei und Polen. Er begrüßte darauf die anwesenden österreichischen Vertreter sowie die beiden Abgeordneten des Prager Parlaments und betonte, daß der internationale Zusammenschluß vollzogen sei.

Sinowjew kaltgestellt.

Mahregeln gegen die Opposition in Moskau.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion beschäftigte sich in seiner letzten Vollsession mit einer Reihe wichtiger Fragen des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues und des innerparteilichen Lebens. Es wurde ein Referat der Zentralkontrollkommission über Fälle von Übertretungen der Beschlüsse früherer Kongresse, die die Wahrung der Einheit der Partei betrafen, verlesen. Nachdem man festgestellt hatte, daß zu den Übertretern auch einige führende Parteimitglieder gehörten, faßte man folgenden Beschluß:

Sinowjew wird von seinem Posten als Mitglied des Politischen Büreaus des Zentralkomitees entfernt und durch den Volkskommissar für Verkehrswesen, Rubschat, ersetzt. Da Sinowjew auch aus anderen Ämtern abberufen wird, verliert er seine Stellung in der kommunistischen Internationale. Aus der Zahl der Kandidaten des Zentralkomitees wird auch Laschewitsch ausgeschlossen.

Nach diesen Beschlüssen besteht das Politische Bureau aus folgenden Mitgliedern: Stalin, Aisow, Bucharin, Tomski, Kalinin, Rosolow, Rudzutal und Trozki. Die Vollversammlung billigte die Tätigkeit des Politischen Büreaus und der Delegation der kommunistischen Partei der Sowjetunion im Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale. Die Versammlung beschloß, die nächste ordentliche Parteikonferenz für die erste Hälfte des Oktobers einzuberufen.

Massenerkrankung von Matrosen.

141 leichtere Fleischvergiftungen.

Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, sind auf dem Linienschiff 'Hannover' mehr als 100 Matrosen an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Als Ursache wird verdorbenes Fleisch angenommen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. Nach einer weiteren Meldung beträgt die Zahl der wegen Vergiftungserscheinungen ins Marine Lazarett einquartierten Matrosen 141. Es handelt